

sprächsgruppen sich zwischenzeitlich trafen, und der Fortgang der ökumenischen Bewegung mit allen Fortschritten und Hemmnissen hatten es mit sich gebracht, daß mancher Delegierte mit der Frage nach Straßburg fuhr, wie es denn mit Leuenberg weitergehen könnte, wie denn der ökumenische Ort dieser Gemeinschaft zu bestimmen sei und wie deren Lehrgesprächsergebnisse von den beteiligten Kirchen rezipiert werden könnten. Zu letzterem war bisher noch nicht viel geschehen. Auf jeden Fall hat Straßburg hier manches klären und die Leuenberger Gemeinschaft mit der Einsetzung des Exekutivausschusses auf Weiterführung und Weiterentwicklung anlegen können. Daher darf wohl die Kurzformel geprägt werden: Leuenberg geht weiter!

Dietrich Gang

ANMERKUNGEN

- ¹ Text in: Wenzel Lohff, Die Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa: Leuenberger Konkordie, Frankfurt 1986.
- ² Vgl. Marc Lienhard, Lutherische-reformierte Kirchengemeinschaft heute in Europa, Ökumenische Perspektiven Nr. 2, 2. Auflage, Frankfurt 1973, und Elisabeth Schieffer, Von Schauenburg nach Leuenberg, Paderborn 1983.
- ³ Bericht in: D. von Almen (Hrsg.), Zeugnis und Dienst reformatorischer Kirchen im Europa der Gegenwart, Ökumenische Perspektiven Nr. 8, Frankfurt 1977.
- ⁴ Bericht in: André Birmelé (Hrsg.) Konkordie und Kirchengemeinschaft reformatorischer Kirchen im Europa der Gegenwart, Ökumenische Perspektiven Nr. 10, Frankfurt 1982.
- ⁵ Veröffentlicht in: epd-Dokumentation Nr. 49a/1984, Frankfurt. Erneute Veröffentlichung in: Erich Geldbach, Ökumene in Gegensätzen, Bensheimer Hefte 66, Göttingen 1987, 129 ff.

Comrades, Brothers and Sisters!

Zur Konferenz in Lusaka im Mai 1987

Mit dieser im gegenwärtigen Namibia und Südafrika nicht ungewöhnlichen Anrede meinte der sambische Präsident Dr. Kenneth Kaunda nicht etwa die Mitglieder der Befreiungsbewegungen aus dem Südlichen Afrika einerseits und die Teilnehmer aus den auf der Konferenz vertretenen Kirchen andererseits, sondern wirklich uns alle, die wir an der denkwürdigen Konferenz des Programms zur Bekämpfung des Rassismus (PCR) des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Lusaka/Sambia vom 4. bis 8. Mai 1987 „Die Suche der Kirchen nach Gerechtigkeit und Frieden im Südlichen Afrika“¹ teilnahmen.

Zwar steht der ÖRK schon seit langem im regen Austausch mit den Befreiungsbewegungen, aber erst am Rande der Krisentagung des ÖRK zur Lage in Südafrika in Harare/Simbabwe (Dezember 1985) kam es – inoffiziell und nicht im Programm vorgesehen – zu einer Begegnung zwischen Vertretern südafrikanischer Kirchen und Vertretern südafrikanischer Befreiungsbewegungen.

In Lusaka war diese Begegnung Programm. Nicht nur aus Südafrika, sondern auch aus Namibia kamen sehr viel Teilnehmer (insgesamt über 60), darunter Kir-

chenführer wie der katholische Bischof von Windhoek, Haushiku, der Generalsekretär des Namibischen Kirchenrates (CCN), Dr. Shejavali, der Präsident des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC), Dr. Manas Buthelezi, und der Generalsekretär des SACC, Dr. Beyers Naudé – aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Frauen- und Jugendgruppen aus Südafrika und Namibia. Die Befreiungsbewegungen African National Congress (ANC), Pan Africanist Congress (PAC) und South West African People's Organisation (SWAPO) waren durch ihre Präsidenten Tambo, Mlambo und Nujoma und sehr viele andere prominente Mitglieder vertreten. Es war schon eine festlich-fröhliche historische Begegnung, als Oliver Tambo und Beyers Naudé einander die Hand reichten. Sie waren sich vorher noch nie begegnet!

Sowohl für den ÖRK als auch für den SACC und den CCN, die diese Konferenz gemeinsam ausrichteten, war dies eine wichtige Station auf einem langen Weg, der nicht immer ein gemeinsamer war. Das entschlossene Engagement des ÖRK mit seinem Programm zur Bekämpfung des Rassismus, vor allem mit dessen Sonderfonds, wurde von den südafrikanischen und namibischen Kirchen anfangs sehr zurückhaltend aufgenommen. Der ÖRK hatte mit diesem Programm damals weniger auf die Kirchen im Südlichen Afrika als auf die Opfer der rassistischen Diskriminierung gehört und reagiert – was ihm gerade aus der Bundesrepublik oft vorgehalten wurde. In Lusaka konnte der Generalsekretär des ÖRK, Dr. Emilio Castro, mit Befriedigung feststellen, daß der ÖRK mit dem PCR seinen Mitgliedskirchen auf einem Weg vorangegangen war, den jetzt – nach fast zwei Jahrzehnten – eine Mehrheit seiner Mitglieder wirklich mitzugehen bereit scheint: Der Weg zu Gerechtigkeit und Frieden im Südlichen Afrika kann nur gefunden werden, wenn er gemeinsam und in Zusammenarbeit mit den Befreiungsbewegungen gesucht wird.

Es ist nicht zufällig, daß ich die Teilnehmer aus den anderen Ländern und Kirchen erst jetzt erwähne, die Teilnehmer aus Nordamerika, Europa, Australien und anderen Teilen der Erde. Sie waren zwar vollgültige Teilnehmer, besonders engagiert die Nordamerikaner, Skandinavier und Holländer, aber sie waren eher Zuhörer und nicht – wie sonst üblich – die Hauptakteure. Die Konferenz und ihre Leitung (Moderator war Erzbischof Walter Makhulu aus Botswana, seine Stellvertreterin Dame Nita Barrow aus Barbados – beide Präsident/Präsidentin des ÖRK) waren von den Hauptbetroffenen geprägt. Sie gaben den Ton an, sie artikulierten sich ohne Regieanweisung.

Es lag wohl in der Natur einer solchen ersten großen Begegnung und sicher auch an der Zahl der Teilnehmer (insgesamt über 200!), daß es nicht zu einer intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung zwischen Kirchen und Befreiungsbewegungen kam. Abgesehen von Gesprächsmöglichkeiten in kleineren Gruppen waren es die Selbstdarstellungen der Befreiungsbewegungen durch ihre Präsidenten und die Situationschilderungen der Teilnehmer aus dem Südlichen Afrika, aus Südafrika, Namibia und den Frontstaaten, die das Programm prägten. Dabei spielte weniger das Gegenüber von Kirche und Befreiungsbewegungen, sondern viel mehr die gemeinsame Sorge um die Lage im Südlichen Afrika und das gemeinsame Ziel eines befreiten, gerechteren und friedvolleren Südafrika und Namibia die wichtigere Rolle. Man wird wohl realistischerweise sagen müssen, daß eine wirklich kritische Auseinandersetzung erst nach einer solchen Begegnung möglich sein wird.

Es war darum ganz folgerichtig, daß die Würdigung der Rolle der Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika zum Hauptpunkt des Konferenzpapiers, der „Erklärung von Lusaka“, wurde. Interessant ist, daß die Befreiungsbewegungen darin gleich zweimal erwähnt werden, im Zusammenhang mit der Bestreitung der Legitimität der südafrikanischen Regierung und im Zusammenhang mit dem Thema „Bewaffneter Kampf“. Hierin liegt dann auch das Neue der „Erklärung von Lusaka“. Es wird um so deutlicher, je weiter man in den Erklärungen südafrikanischer Kirchen und Kirchenvereinigungen zur Lage im eigenen Land zurückgeht. Im Konferenzergebnis der Konferenz „The Christian Citizen in a Multi-Racial Society“² von Rosettenville (Juli 1949) des Christian Council of South Africa kommen eigenständige Sprecher der Schwarzen in Südafrika noch gar nicht vor. Obwohl es den ANC bzw. seine Vorläufer schon fast ein halbes Jahrhundert gibt, wird 1949 – ein Jahr nach der Übernahme der Macht durch die Nationale Partei der Buren in Südafrika – noch von dem „principle of trusteeship“ für die Schwarzen gesprochen, das so lange gelten soll, bis sie zur „maturity“ geführt worden sind.

Auf der berühmten ökumenischen Konferenz von Cottesloe 1960³, die vom ÖRK zusammen mit seinen Mitgliedskirchen im Südlichen Afrika veranstaltet wurde (an der auch Dr. Beyers Naudé teilnahm und auf der er sich „bekehrte“!), wird immerhin die „direct representation“ der Farbigen (coloured) im südafrikanischen Parlament gefordert und die Notwendigkeit „for more effective consultation between the government and leaders accepted by non-white people of South Africa“ festgestellt. Aber man spürt kaum, daß genau in jenem Jahr die Phase des gewaltlosen Kampfes unter der Führung des berühmten ANC-Präsidenten, Friedensnobelpreisträgers und Chief Albert Luthuli zu Ende gehen wird.

Selbst in der Erklärung von Harare 1985⁴ wird von den Kirchen innerhalb und außerhalb Südafrikas lediglich sehr allgemein und pauschal die „Unterstützung der Befreiungsbewegungen“ gefordert.

In Lusaka dagegen wird lapidar festgestellt: „Wir glauben, daß eine Regierung von Gott dazu eingesetzt ist, Gutes zu tun und daß nach dem biblischen Gebot alle Menschen Gerechtigkeit üben und sich in besonderer Weise um die Armen und Unterdrückten kümmern sollen. Diese Überzeugung führt uns notwendigerweise zu dem Schluß, daß das südafrikanische Regime nicht als legitime Regierung anerkannt werden kann und daß die koloniale Herrschaft über Namibia folglich ebenfalls illegitim ist. Wir erkennen, daß die Menschen in Südafrika und Namibia, die nach Gerechtigkeit und Frieden streben, die Befreiungsbewegungen ihrer Länder als authentisches Sprachrohr ansehen, die ihr Sehnen und Trachten nach Selbstbestimmung zum Ausdruck bringen.“⁵

Die Bestreitung der Legitimität der südafrikanischen Regierung – in Harare 1985 hieß es noch viel zurückhaltender: „Wir verstehen und unterstützen voll und ganz all diejenigen in Südafrika, die den Rücktritt der Regierung fordern“ – und die gleichzeitige Anerkennung und Würdigung der politischen Rolle der Befreiungsbewegungen ist der entscheidend neue Schritt, mit dem vor allem die südafrikanischen Konferenzteilnehmer den Kern des Widerstandes benannt haben: Für eine wachsende Mehrheit unter den Nicht-Weißen (es ist schwer, diese rassistische Terminologie zu vermeiden!) ist die südafrikanische Regierung zu einer fremden und feindlichen Besatzungsmacht geworden.

Die südafrikanischen Soldaten und Polizisten werden nicht mehr als Schützer der staatlichen Ordnung angesehen. Sie sind es vielmehr, die die in Gesetze gefaßte Willkürherrschaft der Weißen über die Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas ausüben. Die südafrikanische Regierung selbst ist es, die durch die offenkundige Unterstützung von bewaffneten Selbstschutzgruppen („Vigilantes“) einen zunehmend militanten Widerstand provoziert.

Wer einer Regierung die Legitimität bestreitet, bestreitet ihr auch das Gewaltmonopol. Von daher wird verständlich, was in der Erklärung von Lusaka – zurückhaltend, aber deutlich – zum Thema militärischer Widerstand gesagt wird: „Wir bekräftigen das unbestreitbare Recht des namibischen und südafrikanischen Volkes, Gerechtigkeit und Frieden durch die Befreiungsbewegungen zu erlangen. Obwohl wir dem Streben nach einem friedlichen Wandel verpflichtet bleiben, sehen wir doch, daß das südafrikanische Regime, das gegen seine eigenen Einwohner und gegen seine Nachbarn Krieg führt, die Befreiungsbewegungen dazu treibt, neben anderen Mitteln auch das Mittel der Gewalt einzusetzen, um die Unterdrückung zu beenden.“

Man wird nicht sagen können, daß die Konferenzteilnehmer „Gewalt billigten“ oder gar empfahlen – wie es in manchen Kommentaren und Überschriften zur Konferenz von Lusaka hieß. Aber der militärische Widerstand der Befreiungsbewegungen wird verstehend interpretiert und ihre Entscheidung, auch das Mittel des bewaffneten Kampfes einzusetzen, wird als aus der Geschichte dieser Bewegungen heraus verstehbar respektiert. Damit hat die Konferenz – noch nicht der ÖRK!, der wird sich damit auf der nächsten Sitzung des Zentralaussschusses in Hannover (August 1988) befassen müssen – einen Schritt vollzogen, der für die Chancen einer Verhandlungslösung sehr wichtig sein könnte: Wenn es überhaupt zu Verhandlungen zwischen der weißen Minderheitsregierung Südafrikas und den Befreiungsbewegungen kommen soll, dann müssen alle auf das Ziel eines friedlichen Wandels gerichteten Kräfte darauf konzentriert werden, daß die Befreiungsbewegungen gegen alle gegenläufigen Tendenzen politisch aufgewertet und gestärkt werden. Daran können sich sowohl die südafrikanischen Kirchen selbst als auch die überseeischen ökumenischen Partner beteiligen, ohne die militärischen Aktionen der Befreiungsbewegungen billigen zu müssen. Es darf sogar vermutet werden, daß durch eine solche politische Aufwertung ein Beitrag der Christen zur Eindämmung und Begrenzung der Gewalt und zur Humanisierung des Kampfes überhaupt erst wirksam werden kann. Appelle zur Gewaltlosigkeit sind angesichts der schon herrschenden Gewalt „plattitudes“, wie Dr. Beyers Naudé in Lusaka sagte.

Es war auffällig, daß die Sprecher der Befreiungsbewegungen die Christen und Kirchen an keiner Stelle zur Unterstützung des militärischen Widerstandes aufriefen – aber sie haben sich auch nicht dafür entschuldigt. Sie haben eher gefragt: Wo wart ihr, als man uns in den Untergrund und in den militärischen Widerstand getrieben hat? Wo bleiben eure Alternativen zum bewaffneten Kampf?

In diesem Zusammenhang wird die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen zwei Fragestellungen erneut aufgreifen und überzeugende Antworten geben müssen:

– Sie wird die in den 60er und 70er Jahren intensiv geführte Diskussion über „Gewalt, Gewaltfreiheit und der Kampf um soziale Gerechtigkeit“⁶ (so der Titel der 1973 veröffentlichten ÖRK-Thesen zu diesem Thema) wieder aufnehmen und den bedrängten Christen in Südafrika und Namibia zeigen müssen, ob sie auch so

sprechen kann, wie die Konferenzteilnehmer von Lusaka es getan haben. Ja, sie wird sich der Frage stellen müssen, ob es nicht auch eine Pflicht der Christen zum politischen und militärischen Widerstand gibt. Diese Frage wurde in Lusaka übrigens nicht nur von zornigen jungen Leuten aus dem Südlichen Afrika, sondern auch von nordamerikanischen, skandinavischen und holländischen Delegierten gestellt, die in ihrer jüngsten Vergangenheit im politischen oder militärischen Widerstand christliche Verantwortung bewähren mußten.

Für die Diskussion in der EKD wäre es gut, wenn die offenen Fragen der Thesenreihe „Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft“⁷ (so der Titel einer theologischen Thesenreihe zu sozialen Konflikten, die 1973 von der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung erarbeitet wurde) wieder aufgenommen würden und der Versuch einer Antwort gewagt würde. Die Geschichte ist seit 1973 weitergegangen, und die Verfasser dieser Thesenreihe verwiesen damals schon ausdrücklich auf die Zeitgebundenheit ihrer Thesen. Vermutlich werden wir über das damals Gesagte nicht hinaus kommen, ja, es ist fraglich, ob das, was 1973 zu diesem Thema gesagt wurde, heute überhaupt noch gesagt werden könnte.

Dann aber müssen wir uns mit aller Kraft auf die friedlichen Mittel bzw. die „multiplen Strategien“ – wie es in den 70er Jahren hieß – konzentrieren. Dazu gehört immer noch das Mittel der wirtschaftlichen Druckmaßnahmen, von denen es abwechselnd heißt, sie wirkten nicht oder sie richteten zu viel Schaden unter den ohnehin Benachteiligten an. Gerade die südafrikanischen und namibischen Teilnehmer von Lusaka haben unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie Sanktionen befürworten und weiter fordern – trotz aller Bedenken, die alle dabei haben. Wir stehen in der EKD mit unserem Zögern und unserer überwiegenden Ablehnung einschneidender Wirtschaftssanktionen isoliert da, unsere Sorge um die möglichen verheerenden Folgen wird uns kaum abgenommen. Viel eher wird unsere innere Abhängigkeit von und Nähe zu den maßgeblichen Kräften unserer Regierung und unserer Wirtschaft vermutet. Vor allem aber werden wir gefragt, ob wir denn nicht verstehen können, daß nach einer jahrhundertlangen Geschichte der Erniedrigung, der physischen Vernichtung (z. B. durch die deutschen Kolonialtruppen in der damaligen Kolonie Südwestafrika), der Entrechtung, der Vertreibung und Verachtung und angesichts der gegenwärtigen politischen Entwicklung die wahrscheinlich hart Betroffenen selbst dieses politische und wirtschaftliche Mittel zur Beendigung ihres Leidens fordern. „Ist denn das Unrecht noch immer nicht groß genug, daß ihr so zögert?“

Die dies fragten, kehrten mit Sorge und Angst nach Südafrika und Namibia zurück. Sie hatten sich freimütig geäußert – ohne Rücksicht auf mögliche rechtliche Konsequenzen. (Einige mutige junge Pfarrer der Niederländisch-Reformierten Kirche der Buren, die ebenfalls an der Konferenz teilnahmen, waren von der wage-mutigen Offenheit ihrer südafrikanischen Landsleute sehr überrascht!)

Am Flugplatz in Johannesburg wurden sie von aufmerksamen Angehörigen der diplomatischen Vertretungen vieler Länder – dankenswerterweise auch der Bundesrepublik Deutschland – erwartet. Noch wirkt dieser Schutz, niemand wurde verhaftet, noch nimmt die südafrikanische Regierung gewisse, begrenzte Rücksichten auf ihren Ruf.

Es sieht so aus, daß die Christen und Kirchen Südafrikas und Namibias unsere Fürbitte und unser Eintreten dringender brauchen werden denn je zuvor.

Rudolf Hinz

ANMERKUNGEN

- ¹ Ein ausführlicher Konferenzbericht über die Konferenz von Lusaka erscheint unter dem Titel „Anfragen aus Südafrika“ in: Der Überblick, Nr. 2/87.
- ² „The Christian Citizen in a Multi-Racial Society“ – A Report of the Rosettenville-Conference July 1949, published by The Christian Council of South Africa, Johannesburg 1949.
- ³ Cottesloe-Consultation – The Report of the Consultation among South African Member Churches of the WCC, 7th - 14th December 1960 at Cottesloe, Johannesburg 1960.
- ⁴ „Erklärung von Harare“ in: epd-Dokumentation Nr. 4/86: „Konsultation in Harare – Krisentagung des Weltkirchenrates fordert Machtwechsel in Südafrika“.
- ⁵ Die Erklärung von Lusaka ist auszugsweise in: Der Überblick, Nr. 2/87 abgedruckt. Sie erscheint vollständig zusammen mit den wichtigsten Vorträgen in: epd-Dokumentation Nr. 31a/87.
- ⁶ „Gewalt, Gewaltfreiheit und der Kampf um soziale Gerechtigkeit“, in: „Genf 1973“ – Vorträge und Berichte bei der Tagung des Zentralausschusses des ÖRK – Beiheft 24 zur ÖR, Korntal 1974.
- ⁷ Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft – Eine theologische Thesenreihe zu sozialen Konflikten, erb. von der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung, Gütersloh 1973.